

# Eine sachliche Rede...

...hielt der oberösterreichische grüne Bundesrat Efgani Dönmez am 24. Juli 2014 aus aktuellen Anlässen zu einigen wichtigen Punkten in Sachen Migration und Integration



Hohes Präsidium! Sehr geehrter Herr Minister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt nicht in die Polemik zwischen FPÖ und SPÖ einsteigen.

Es gibt Probleme. Ich war und bin einer der schärfsten Kritiker dieser Entwicklungen – und bitte, Herr Minister, nehmen Sie das nicht persönlich –, aber ich finde, dass dieses Thema wahrlich nicht dringlich ist. Dringlich wäre für mich, wenn heute hier der Außenminister sitzen würde und wir zur Thematik, was in Syrien passiert, was im Nahen Osten passiert oder auch, was in der Ukraine passiert, diskutieren würden. Das wäre für mich viel dringlicher als diese Diskussion um die türkischen Staatsbürgerschaften oder auch Nicht-Staatsbürgerschaften. – Das einmal zum einen.

Wir befinden uns im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe der Welt, das ist unbestritten. Unsere Wirtschaft braucht gute Facharbeitskräfte, und da gibt es jetzt unterschiedliche Möglichkeiten, wie wir zu diesen guten Facharbeitern und auch Wissenschaft-

lern und Experten beziehungsweise Expertinnen kommen können. Eine der Möglichkeiten wäre, wenn wir die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen würden. Auch wenn es manchen von uns ideologisch nicht passt, aber die deutschen Kollegen haben es uns vorgelebt. Sie haben vor Kurzem beschlossen, dass jene Staatsbürger, die bis zum 21. Lebensjahr eine andere Staatsbürgerschaft gehabt haben, nun die Möglichkeit haben, sich auch um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bemühen.

Lassen Sie mich so offen sein, Kritik in Richtung Regierung, aber auch Kritik in Richtung der Linken, der SPÖ und auch der Grünen anzubringen: Einen Automatismus zu entwickeln bei der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft in Anlehnung an die Aufenthaltsdauer ist meiner Meinung nach ebenso ein Fehler, wie man diese an eine Mindestaufenthaltsdauer knüpfen würde.

Ich bin beruflich und auch privat wirklich mit sehr vielen Menschen aus unterschiedlichen Ländern, Kulturen und Religionen in Kontakt. Ich kann Ihnen eines garantieren: weder die Aufenthaltsdauer noch das Herkunftsland noch die Religionszugehörigkeit sind ausschlaggebend für die Einstellung, für die Geisteshaltung, die diese Menschen mitnehmen. Es ist einzig und allein der Zugang und die Haltung, die man mitbringt. Das hat nichts damit zu tun, ob man 30 Jahre in Österreich ist oder drei Tage, denn die Demonstrationen, die organisiert wurden – diese antiisraelischen Demonstrationen, aber auch diese Pro-Erdoğan-Kundgebungen –, wurden von Leuten organisiert, die schon in der *dritten* Generation in Österreich leben und auch die österreichische Staatsbürgerschaft haben. Also die österreichische Staatsbürgerschaft und die Aufenthaltsdauer sind kein Garant dafür, dass man sich mit diesem Land identifiziert.

Welche Frage wir uns aber schon auch ganz kritisch stellen müssen, ist: Warum gibt es dennoch in unserer Gesellschaft eine gewisse Anzahl von Menschen, die sich von einem autoritären islamisch/islamistisch geprägten Führungsstil angezogen fühlen? – Vielleicht sind diese Menschen jahrelang von der Politik nicht beachtet worden, vielleicht haben sie auch im alltäglichen Zusammenleben Ausgrenzungserfahrungen erlebt. Deswegen ist es – und da muss ich jetzt die SPÖ, aber auch die ÖVP kritisieren – zwar gut, wichtig und richtig, dass wir Menschen mit Migrationshintergrund auch in den unterschiedlichen politischen Gremien in Funktionen haben, aber meines Erachtens sollten es wirklich nur jene sein, die sich auch mit den Werten der jeweiligen Partei identifizieren.

Damit komme ich jetzt zum springenden Punkt: Sowohl in der SPÖ als auch in der ÖVP gibt es Leute, die den Werten, die Ihre Parteien vertreten, wirklich diametral entgegenstehen. Aus einer kurzfristig gedachten politischen Haltung heraus werden Leute auf die unterschiedlichsten Listen gesetzt, weil diese eben 10 000, 14 000, 15 000 Vorzugsstimmen hereinholen, aber längerfristig betrachtet werden Sie verlieren, denn Sie werden der österreichischen Bevölkerung nicht erklären können, warum Sie türkische Nationalisten oder Pro-Erdoğan-Leute aus diesem Umfeld – und das sind keine Unterstellungen und Behauptungen, das sind Fakten – auf ihren Listen zum Nationalrat, zur Wirtschaftskammerwahl, zu den Wahlen für Arbeitnehmervertretungen haben.

Das ist ein Spagat, der geht nicht zusammen, daher appelliere ich an die Vernünftigen in allen Parteien. Ich bekenne mich dazu und ich trete wirklich dafür ein, dass wir Menschen sichtbar an den unterschiedlichen Stellen in der Partei, auch in ihren Vorfeldorganisationen installieren, aber wirklich nur jene, die sich auch mit unseren Werten – mit den Werten der Christlich-Sozialen, mit den Werten der Sozialdemokratie, aber auch der der Grünen – identifizieren. In der Türkei ein Rechtsnationalist oder ein Islamist, Pro-Erdoğan zu sein, und dann auf der Liste der SPÖ oder auch auf der Liste der ÖVP aufzutauchen, das ist ein Widerspruch in sich.

Die Menschen sind nicht dumm! Das ist der Grund, warum sich die FPÖ – und das sage ich jetzt auch in aller Offenheit – ganz relaxed zurücklehnen kann, denn solange wir solche Zustände haben, solange solche Aufmärsche in

Wien oder sonst wo in Österreich organisiert werden, wird es einer einzigen Partei nutzen, weil Ihr die Einzigen seid, die das thematisiert.

Aber jetzt wende ich mich mit meiner Kritik auch euch zu: Ihr differenziert nicht, ihr schmeißt alle in einen Topf. Das beste Beispiel war die Presseaussendung Ihres Parteiobmannes vor zwei Tagen, der angesichts dieser bedenklichen Entwicklungen bezüglich Pro-Erdogan- und Anti-Israel-Demonstrationen gefordert hat, das Assoziierungsabkommen mit der Türkei aufzulösen.

Wissen Sie, was das bedeuten würde? – Das würde bedeuten, dass viele, viele tausend Menschen, die so denke wie ich, von zwei Seiten in die Mangel genommen werden, weil diese Gruppierungen auch aus dem Herkunftsland unter Druck kommen. Und wenn sie durch derartige Forderungen dann auch noch die durch dieses Assoziierungsabkommen erhaltenen Rechte verlieren würden, sind das genau jene, die dann doppelt und dreifach verlieren.

Man muss schon differenzieren: Wer hat diese Demonstrationen organisiert? Wer verbreitet welches Gedankengut und welche Stimmung? Und wie kommt es dazu, dass österreichische Jugendliche, die hier aufgewachsen sind, dann in den Syrienkrieg ziehen unter dem – unter Führungszeichen – „Heiligen Dihad“? Wie kann es sein, dass man einen derartigen Nährboden aufbereitet?

Wir haben viele, viele Gruppierungen und Strömungen, die wirklich bedenklich sind – nicht alle, aber es gibt einige –, das sind Vertreter des politischen Islams. Und wenn man Kritik übt, dann muss man eindeutig unterscheiden zwischen einer religiösen Haltung aus dem Glauben heraus und auch Menschen, die den Glauben, die religiösen Gefühle der Menschen instrumentalisieren, um damit politisches Kleingeld zu schlagen. Diese Leute aus dem Umfeld der UETD, dem verlängerten Arm der AKP, sind Menschen, sind Vertreter, die die religiösen Gefühle der Menschen instrumentalisieren und missbrauchen, um Politik zu betreiben. Das gilt es entschieden in die Schranken zu weisen. Da darf auch keine falsch verstandene Toleranz gelebt werden. Wir müssen denen ganz klar kommunizieren: Wer in Österreich lebt, der muss sich auch mit unseren demokratischen Grundrechten und mit unserem Rechtsstaat identifizieren.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich selbst die Frage stellen und die Entscheidung treffen, ob sie in archaischen Gesellschaftsvorstellungen leben möchten, ob sie in einem „Gottesstaat“ oder in einem **Rechtsstaat** leben möchten. – Ich bin dafür, dass diese Entscheidung niemandem abgenommen werden darf und soll. Diese Entscheidung müssen sie **selbst** treffen, aber wir als Politiker haben die Aufgabe, auch ganz klar zu kommunizieren, dass wir auf der Seite jener sind, die sich mit **Österreich** identifizieren. Das heißt nicht, dass man seine Herkunft verleugnen muss, dass man sich für seine Religion schämen muss – im Gegenteil! –, sondern dass das wertvoll ist, dass wir gerade solche Leute brauchen, die eine Brücken zu den Herkunftsländern schlagen.

Unsere Wirtschaft lebt zum Großteil vom Export. Da braucht es Menschen, die diese Brücke schlagen können, aber das darf nicht unter einer falsch verstandenen Toleranz passieren. Wenn wir – und da spreche ich insbesondere die SPÖ und auch meine grünen KollegInnen an –, wenn wir also den Kopf in den Sand stecken und das Feld der FPÖ überlassen, dann wird sie das nur in ihrem Sinne thematisieren, und das ist nicht im meinem Sinne und das darf nicht in unserem Sinne sein, denn das geht alle etwas an: die SPÖ, die ÖVP, die FPÖ und auch die Grünen.

Daher müssen wir das wirklich mit großer Sorgfalt beobachten, antisemitischen Entwicklungen ganz entschieden entgegenzutreten und klar sagen – die Religion, und der Islam ist eine anerkannte Religionsgemeinschaft, hat Rechte und Pflichten, auch da gibt es meiner Meinung nach massiven Aufholbedarf –, dass wir gewisse Entwicklungen in Österreich **nicht** tolerieren werden.

Bezüglich dieser Klarheit erhoffe ich mir, dass sie nicht nur von einigen wenigen kommt, sondern von uns allen. Ich habe mir die letzten zwei, drei Jahre wirklich den Mund fusselig geredet, und mittlerweile können auch Blinde erkennen, dass wir hier ein Problem haben, dass wir darauf reagieren müssen und dieses Feld nicht der politischen Rechten überlassen dürfen. – Herzlichen Dank. (*Beifall bei Grünen, SPÖ und ÖVP.*)

---